

Lfd. Nr.: _____

Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift (Kreiswahlvorschlag)

(zu § 34 Abs. 4 BWO)

Eine Unterschrift ist nur gültig, wenn sie der Unterzeichner persönlich und handschriftlich geleistet hat. Zu Kreiswahlvorschlägen von Parteien dürfen Unterschriften erst gesammelt werden, wenn der Wahlvorschlag aufgestellt ist; vorher geleistete Unterschriften sind ungültig. Jeder Wahlberechtigte darf mit seiner Unterschrift nur einen Kreiswahlvorschlag unterstützen. Wer mehrere Kreiswahlvorschläge unterzeichnet, macht sich nach § 108 d i.V. mit § 107 a des Strafgesetzbuches strafbar.

Stadt Solingen

Wahlamt



Der Kreiswahlleiter
Im Auftrag

[Handwritten Signature]

Ausgegeben

Solingen, den 20.09.2012

Unterstützungsunterschrift

(Vollständig in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen)

Ich unterstütze hiermit durch meine Unterschrift

A oder B	den Kreiswahlvorschlag der	Name der Partei oder ihre Kurzbezeichnung Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
	den Kreiswahlvorschlag der	Kennwort des <u>anderen</u> Kreiswahlvorschlages -----

bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag,

Familienname, Vornamen, Anschrift - Hauptwohnung - 1)

in dem **Gärtner, Gabriele, Bahnstraße 12, 42697 Solingen**

als Bewerberin / Bewerber im Wahlkreis Nr. 103 Solingen-Remscheid-Wuppertal II, benannt ist.

Familienname		Geburtsdatum
Vornamen		
Straße und Hausnummer - Hauptwohnung -2)		
Postleitzahl, Wohnort - Hauptwohnung -2)		

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung des Wahlrechts eingeholt wird.³⁾

Ort, Datum	Persönliche und handschriftliche Unterschrift
------------	---

Zusatz für A

Ich unterstütze hiermit durch meine Unterschrift für den Fall der Nichtanerkennung der oben unter A genannten Vereinigung als Partei den obigen Kreiswahlvorschlag als anderen Kreiswahlvorschlag unter dem Kennwort

Kennwort des Kreiswahlvorschlages

Ort, Datum	Persönliche und handschriftliche Unterschrift
------------	---

(Nicht vom Unterzeichner auszufüllen)

Bescheinigung des Wahlrechts 4)

Der / Die vorstehende Unterzeichner(in) ist Deutsche(r) im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes. Er / Sie erfüllt die sonstigen Voraussetzungen des § 12 des Bundeswahlgesetzes, ist nicht nach § 13 des Bundeswahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen und im oben bezeichneten Wahlkreis wahlberechtigt.

Die Gemeindebehörde
Im Auftrag

....., den

.....
Unterschrift und Dienstsiegel

- 1) Wird bei der Anforderung des amtlichen Formblatts der Nachweis erbracht, dass für den Bewerber im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß den § 21 Abs. 5 des Melderechtsrahmengesetzes entsprechenden Landesgesetzen eingetragen ist, wird anstelle seiner Anschrift (Hauptwohnung) eine Erreichbarkeitsanschrift verwendet; die Angabe eines Postfachs genügt nicht.
- 2) Bei außerhalb der Bundesrepublik Deutschland lebenden Wahlberechtigten ist der Nachweis für die Wahlberechtigung durch die Angaben gemäß Anlage 2 und Abgabe einer Versicherung an Eides Statt zu erbringen.
- 3) Wenn der Unterzeichner die Bescheinigung seines Wahlrechts selbst einholen will, streichen.
- 4) Die Gemeindebehörde darf das Wahlrecht nur einmal für einen Kreiswahlvorschlag und eine Landesliste bescheinigen; dabei darf sie nicht festhalten, für welchen Wahlvorschlag die erteilte Bescheinigung bestimmt ist. Die Wahlberechtigung des Unterzeichners muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein.